

Christoph Fleischmann

## CSU: Das Kreuz mit dem Kreuz

„Klares Bekenntnis zu unserer bayerischen Identität und christlichen Werten. Haben heute im Kabinett beschlossen, dass in jeder staatlichen Behörde ab dem 1. Juni ein Kreuz hängen soll.“ Selbiges twitterte der bayerische Ministerpräsident am 24. April, dazu das Foto, wie Markus Söder ein Kreuz im Eingangsbereich seiner Staatskanzlei aufhängt. Was man als bayerische Schrulle, billiges Futter für Kabarettisten und, na klar, Wahlkampfmanöver abtun kann, beschäftigte danach über Wochen die Feuilletons hierzulande. Und die Kontroverse geht weiter, denn Identitätsthemen scheinen gerade der Aufreger der Republik zu sein – und die Religion spielt dabei keine geringe Rolle.

Worum es der CSU dabei geht, steht exakt in diesem kurzen Tweet: Zur bayerischen Identität gehören nach Söders Vorstellung christliche Werte, zu denen man sich klar bekennen sollte. Damit wird ein eindeutig religiöses Symbol für eine landsmannschaftliche Identitätspolitik in Anspruch genommen. Wobei Identitätspolitik vielleicht schon zu hoch gegriffen ist, geht es dabei doch vor allem um schnelle Punkte mit Blick auf die Wahl im Oktober mittels einer kernigen Aussage, wer „wir“ sind. Zum anderen aber ist diese Aussage zugleich die Abgrenzung gegenüber jenen Gläubigen, die sich nicht unter dem Kreuz versammeln, also die Fortsetzung der Gehört-der-Islam-zu-Deutschland-Debatte mit anderen Mitteln. Nicht-Christen werden zwar nicht aus Bayern abgeschoben, wie christliche und andersgläubige Flüchtlinge, bekommen aber klar gesagt, dass ihre Traditionen weniger zu Bayern gehören als das, was Söder unter „christlichen Werten“ versteht.

Diese Position kann mit guten Gründen von zwei Seiten angefragt werden: einmal aus theologischer Sicht, wie auch von denen, die sich für eine strikte Trennung von Staat und Religion einsetzen. So fehlten denn auch nicht die Juristen in der Diskussion, die dem bayerischen Kabinettsbeschluss wahlweise Verfassungswidrigkeit oder eben die Konformität mit dem Grundgesetz bescheinigten. Dass die Dinge in dieser Frage nicht eindeutig liegen, zeigt schon das sogenannte „Kruzifix-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1995: Das Bundesverfassungsgericht hat damals in den Kreuzen in bayerischen Schulen durchaus einen Verstoß gegen die staatliche Neutralität in Religionsangelegenheiten gesehen. In Reaktion auf das Urteil wurde die bayerische Schulordnung geändert; daran hat jetzt noch einmal der Ex-Verfassungsrichter Udo di Fabio erinnert.<sup>1</sup> In der neuen Fassung heißt es: „Angesichts der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns wird in jedem Klassenraum ein Kreuz angebracht.“ Damit wurde das Kreuz damals schon vom Religionssymbol zum Kennzeichen einer Kultur umdefiniert, um dem staatlichen Neutralitätsgebot zu entsprechen – ein Vorgang, der sich mit dem neuen Kabinetts-Erlass wiederholt. Und: In der neuen Fassung, verbunden mit der Regelung, dass das Kreuz auf Antrag entfernt werden kann, hat die bayerische Schulordnung bisher juristisch Bestand.

Aber diese nun wiederbelebte Sicht auf das Kreuz als Teil der kulturellen Prägung, die zum Freistaat dazugehört,

1 Udo di Fabio, Gott steht im Grundgesetz, in: „Die Zeit“, 3.5.2018.

ist diesmal von der christlichen Seite unter Beschuss geraten, also von engagierten Theologen, die dem bayerischen Ministerpräsidenten vorwarfen, dass er das christliche Symbol auf Folklore reduziere, das Kreuz für sehr vordergründige politische Zwecke missbrauche – und damit, so der Münchener Theologe Friedrich Wilhelm Graf, eine „Entdifferenzierung von Religion und Politik“ betreibe, die man ansonsten gerne „dem Islam“ vorwerfe.<sup>2</sup>

### Die Zurückhaltung der Kirchen

Die führenden Geistlichen der beiden großen Kirchen haben freilich deutlich zögerlicher auf das Urteil reagiert. Den ersten Reaktionen des Bamberger Erzbischofs Ludwig Schick und des Landesbischofs der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern, Heinrich Bedford-Strohm, merkte man an, dass ihnen durchaus unwohl war bei dem billigen Populismus der CSU, dass sie aber eigentlich auch nichts gegen das Anbringen von Kreuzen sagen wollten: „Religion lässt sich nicht in die Privatsphäre verbannen, sondern ist etwas Öffentliches“, so der EKD-Vorsitzende Bedford-Strohm.

Im Fall der evangelischen Kirche kam außerdem noch hinzu, dass Söder die Synode der bayerischen Landeskirche eine Woche vor seinem Kabinettsbeschluss persönlich eingeseift hatte: In einem Grußwort kündigte er dort den Kreuzes-Beschluss an, verbunden mit einem persönlichen Bekenntnis, das er als Protestant früher die Katholiken darum beneidet habe, dass sie sich bekreuzigen durften. Seitdem er gelernt habe, dass das Bekreuzigen auch Protestanten nicht verwehrt sei, mache er dies auch. Aber, fuhr Söder vor der Synode fort, das Kreuz sei für ihn kein exklusiv christliches Symbol, sondern auch ein Sym-

bol für die ideelle Identität des Staates, begründe doch die christliche Vorstellung, dass Gott den Menschen mit seinen Stärken und Schwächen akzeptiere, auch die säkulare Idee der Menschenwürde, die für den Staat zentral sei. Kurzum, das Kreuz sei mehr als die „Anstecknadel einer Konfession“.

Diese Argumentation war durchaus geschickt. Sie verstärkte sicherlich die Beißhemmung auf evangelischer Seite, wollte man doch ein „recht persönliches Glaubenszeugnis“ des Ministerpräsidenten vor der Synode nicht abwerten und sich auch nicht konfessioneller Engstirnigkeit bezichtigen lassen. Also eierte Bedford-Strohm als evangelischer Landesbischof herum, dass das Kreuz „nicht auf ein Zeichen einer erfolgreichen Kultur- und Beheimatungsleistung reduziert werden“ dürfe, sondern „mindestens genauso das Zeichen einer zum Nachdenken bringenden Infragestellung aller weltlichen Werte“ sei. Das Kreuz nicht nur als kultureller Kitt der Gesellschaft, sondern auch als christliche Infragestellung derselben.

Immerhin ging, wenn auch nach einigen Tagen des Abwartens, wenigstens der Münchener Erzbischof und Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, den Söder-Erlass direkt an. Marx kritisierte, dass der Erlass „Spaltung, Unruhe und Gegeneinander“ gebracht habe, und dass es dem Staat nicht zustehe, von sich aus das Zeichen des Kreuzes zu definieren. Was viele als klare Kante gegen Söder lesen wollten, hieß aber doch wohl nur: Der Ministerpräsident möge uns Bischöfe gefälligst fragen, wenn er sich in unseren Beritt begibt. Der katholische Kirchenmann hatte ausdrücklich nichts dagegen, sich der christlichen Prägung unseres Landes zu vergewissern – schließlich tritt die katholische Kirche auch gegen das Kreuzfix-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und für den Gottesbezug in der EU-Verfassung. Es gebe für ihn keine Veranlassung, etwas ge-

2 Friedrich Wilhelm Graf, Auf Kreuzzug, in: „Süddeutsche Zeitung“, 27.4.2018.

gen Kreuze im öffentlichen Raum zu haben, so Marx denn auch auf dem Katholikentag in Münster.

Hinzu kommt, dass die Kirchen, wie bei den Feiern zum Reformationsjubiläum zu sehen war, jene Sicht durchaus unterstützen, die Söder vor der Synode ausbreitete: nämlich, dass die westlichen, demokratischen Werte sich letztlich der Säkularisation vorgegangener christlicher Vorstellungen verdanken, das Christentum also zur Gründungsgeschichte der europäischen Moderne gehöre. Das allerdings widerspricht dem historischen Befund, wonach viele moderne Selbstverständlichkeiten gerade gegen christliche Ideale und massiven kirchlichen Widerstand durchgesetzt wurden. Aber diese historische zweifelhafte Sicht bestätigt wiederum diejenigen, die zwischen westlich und christlich einfach einen Bindestrich setzen und damit „uns“ meinen – gegen die Anderen.

### Die Zurückweisung der Muslime

In eben diesem Sinne allerdings wurde die Botschaft von Söders Maßnahme bei der Bevölkerung verstanden – und damit wohl genau so, wie sie gemeint war: nämlich als Abgrenzung gegenüber denen, die nicht so sind wie „wir“. Nach dem Bayerntrend vom 2. Mai befürworteten denn auch 56 Prozent der Bayern Söders Beschluss; 38 Prozent waren dagegen. Am meisten Zustimmung, nämlich 77 Prozent, erzielte der Vorstoß bei Anhängern der AfD, gefolgt von denen der CSU mit 71 Prozent. Auch wenn sich die Maßnahme nicht in höheren Stimmanteilen für die CSU niederschlug: Diejenigen, die auf eine deutsche Identität Wert legen, freuen sich mehrheitlich über ein Kreuz an der Wand.

Das aber zeigt, was Patrik Schwarz gut auf den Punkt gebracht hat: Selbst in der vermeintlich säkularen Welt seien viele Menschen noch für den „binären Kultur-Code des Kreuzes“ empfänglich: „Bist du von hier – oder von

woanders her?“<sup>3</sup> Das Problem ist also weniger, dass ein wahlkämpfender Ministerpräsident das Kreuz zum Identitäts- und Abgrenzungsmerkmal erhebt; das Problem ist vielmehr, dass es für einen guten Teil der Bevölkerung genau dies ist: Auch sie sehen im Kreuz und im Christentum lediglich ein Zeichen „unserer“, einer wahlweise nationalen oder supranationalen („westlichen“), Identität. Deswegen erträgt man das Glockengeläut am Sonntagmorgen, obwohl es kaum noch jemanden zum Gottesdienst ruft, wehrt sich aber vehement gegen ein Minarett, gar nicht zu reden vom Muezzin, der von dort rufen könnte. Den Kirchen kann diese Profanisierung des Christentums keineswegs recht sein, allerdings stellt sich die Frage, ob sie nicht zu dieser Situation beigetragen haben. Zwar mahnen die Kirchen in der aktuellen Diskussion an, dass das Kreuz daran erinnere, „dass Gott uns in dem begegnet, der als Folteropfer am Kreuz gestorben ist“, und dass diese Begegnung den Einsatz für Schwache, für eine humane Flüchtlingspolitik oder die Überwindung von Krieg und Gewalt begründe. Aber dies ist für sie letztlich kein unabdingbares Kennzeichen christlicher Identität.

Vielmehr verstehen sich beide große Kirchen als Volkskirchen, also als Organisationen, in denen große Teile des Volkes vertreten sind – obwohl sie jeweils lediglich rund ein Viertel der Bevölkerung repräsentieren. Dass die meisten der Mitglieder nur noch eine lose Beziehung zur Institution unterhalten, wird regelmäßig in Mitgliedschaftsuntersuchungen festgestellt. Für die Kirchen stellt diese Kirchenferne ihrer Mitglieder kein Problem dar, ja es wird zunehmend davor gewarnt, solche distanzierten Mitglieder zu diskriminieren. Ein bloß loser Kontakt zur Institution, die Teilnahme an wenigen bedeutsamen Riten (Taufe,

3 Patrik Schwarz, Über Kreuz, in: „Christ und Welt“, 9.5.2018.

Erst-Kommunion, Hochzeit etc.) soll ausreichend sein, um Kirchensteuer zahlen zu dürfen. Die Festlegung auf ein inhaltliches Engagement ihrer Mitglieder wäre innerhalb der Großinstitutionen tatsächlich kaum durchsetzbar – und für die Kirchensteuerentwicklung zudem kontraproduktiv. Das aber heißt: Identitätsbildend ist nicht eine bestimmte Praxis der Mitglieder, sondern sind bestimmte Riten, über deren korrekte Ausführung die Kirchen denn auch erbittert streiten (wie die Auseinandersetzung um die Eucharistie in der katholischen Kirche derzeit zeigt).

Was all dies für die aktuelle Debatte bedeutet, wird vollends klar, wenn man sich einmal vorstellt, dass in der Flüchtlingsdebatte das Identitätsthema ganz anders verstanden und vertreten würde: Weil wir Christen sind (oder in einem Land leben, das durch die christliche Tradition geprägt ist), helfen wir Flüchtlingen großzügig. Das wäre angesichts der christlichen Botschaft („Was ihr einem unter diesen meinen geringsten Brüdern getan habt, das habt ihr mir [nämlich Jesus] getan“) durchaus sehr naheliegend. Es ist aber faktisch fernliegend aufgrund der Sozialgeschichte des Christentums, dessen Großinstitutionen über weite Strecken Wert gelegt haben auf bloß formelle Zugehörigkeit und pädagogische Durchdringung der Massen mit der rechten Lehre, die Verwirklichung eines spezifisch christlichen Ethos aber meist an kleine Gruppen delegiert haben.

Nun kann man sagen, dass all dies ein zu hoher Anspruch an die Kirchen wäre, und dass sich doch immerhin ein guter Teil derer, die derzeit Flüchtlingen helfen, aus den Reihen der Kirche rekrutierten. Es soll nicht bestritten werden, dass die Kirchen immer noch Räume sind, in denen grundlegende Gesten der Barmherzigkeit eingeübt werden. Aber es stiftet keine Gruppenidentität, es verbindet vielmehr Menschen christlichen Glaubens mit Menschen, die aus anderen Motiven Schwächeren helfen. Diejenigen, die solches

tun, werden das was sie tun, mehrheitlich als etwas „Menschliches“, als ein „soziales Engagement“ wahrnehmen, nicht als etwas spezifisch Christliches, weil es das ja heute auch nicht mehr ist.

Hilfsbereitschaft speist sich in unserer Gesellschaft – zum Glück – aus unterschiedlichen Quellen. Und dennoch muss es die Kirchen zutiefst beunruhigen, wenn ihre Botschaft sich heute in ein mehr oder weniger national definiertes binäres Identitätsmuster von „wir“ und „die“ fügt, wenn die Botschaft universalen Heils zur Abgrenzung von „Anderen“ taugt.

Wie die gesamte Republik sind auch die Kirchen vor dem derzeitigen Wiederaufleben nationaler Identitätskonstruktionen nicht gefeit. Dieser Aufstieg hängt vermutlich mit dem Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber den (zumeist) ökonomischen Mächten und Gewalten zusammen: Je weniger die Menschen sich als Gestalter ihrer Welt erleben, desto mehr flüchten sie in ein (vermeintlich) vorgegebenes Sein, das ihre Ohnmacht überspielt: Keiner möchte gerne Opfer sein. Um sich das nicht eingestehen zu müssen, werden andere zu Opfern gemacht.

Es käme daher heute darauf an, dass diejenigen, die bei den Ökonomisierungsprozessen der letzten Jahre unter die Räder gekommen sind oder sich davor fürchten, unter die Räder zu kommen, eine positive Identität finden – als Menschen, die über Grenzen hinweg um eine bessere Welt ringen, ohne dabei andere abwerten zu müssen. Das Kreuz könnte dabei ein willkommener Beitrag sein, enthält es nach dem Apostel Paulus doch die „törichte“ Botschaft, dass Gott mit Verlieren zum Ziel kommt, dass im vorgeblichen Scheitern Kraft steckt. Den Kirchen könnte es also durchaus gelingen, hieraus stärkende Identitätsressourcen für die Abgehängten und die vrängstigten Mittelschichten zu gewinnen. Das aber wäre eine ganz andere Geschichte als das Kreuz an den Wänden bayrischer Behörden.